

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

März/
April 1976

Evangelische Verantwortung

Heft 3 — 4/1976

Freiheit für die Welt — ein ökumenischer Appell an Kirche und Theologie

Hans Bolewski

Kommt es zu einer Neuorientierung der Aussagen der Kirche? — Gehen die ersten Impulse von einer Gruppe amerikanischer Christen aus, die ihre Zielvorstellungen in der sogenannten Hartford-Erklärung niederlegten? — Hat die Vollversammlung in Nairobi bereits die Wende in unseren Kirchen signalisiert?

Dr. Hans Bolewski geht diesen Fragen nach.

Wenn „Freiheit für die Welt“ das Stichwort sein soll, unter dem der sogenannte „Hartford Appeal“ hier mitgeteilt wird, dann muß zuerst einmal gesagt werden, daß diese Worte anders zu lesen sind als in der uns inzwischen schon bis zum Überdruß gewohnt gewordenen Form, auf die der moderne Christ ebenso wie der Nichtchrist im Grunde nur noch mit einem resignierten „Wie gehabt“ reagieren kann. Gemeint ist damit jedenfalls nicht die „Bekehrung zur Welt“, nicht die Proklamation des politischen anstatt des inneren Friedens, nicht die Mahnung, die Freiheit eines Christenmenschen nicht auf Religions- und Gedankenfreiheit zu begrenzen, sondern sie als Emanzipation in einer mündigen Welt zu bewahren. Das alles mochte vor einiger Zeit noch seinen Sinn gehabt haben, es mochte als notwendige Korrektur eines christlichen Quietismus angesehen werden, der sich seines religiösen Besitzstandes erfreute und die Welt dabei ihrem Schicksal überließ. Für manche war dieser Ruf zur Welt wohl auch schon damals eine Flucht vor der langsam aufdämmernden Erkenntnis, daß es mit diesem Be-

sitz möglicherweise nicht so sehr weit her sein könnte. Die in der neueren Theologie sich immer mehr durchsetzende Gleichsetzung des sogenannten Weltlichen mit dem Christlichen; die Behauptung, nach dem Tode Gottes — wobei das Kreuz von Golgatha mit dem Ausruf des tollen Menschen Friedrich Nietzsches eine seltsam schillernde Verbindung einging — sei der Atheismus auch für Christen die unumgängliche Voraussetzung

Aus dem Inhalt

- Freiheit für die Welt — ein ökumenischer Appell an Kirche und Theologie** 1
George G. Heilbrunn
- Soll ein Christ sich parteipolitisch engagieren?** 4
Hans-Jürgen Hellwig
- Familie heute — orientiert am Evangelium** 7
Alfred Petersen
- Aus unserer Arbeit** 11
- Wende ohne Ende** 12
Gerd Langguth
- Leserbriefe zum Problemkreis ESG** 13
- Aus den Tagungsprogrammen der Akademien** 16

des Glaubens; schließlich die in der Übernahme einer sei es liberalen, sei es marxistischen Vorstellung vom geschichtlichen Fortschritt begründete Sorge, man könne, wie es der deutsche Titel eines Büchleins

Willkommen in Stuttgart

Ihre Teilnahme an der 20. EAK-Bundstagung (5. — 7. März 1976 Stuttgart) ist auch ohne vorherige Anmeldung möglich; unser Tagungsbüro in der Stuttgarter Liederhalle ist am Freitag, dem 5. März ab 15.00 Uhr geöffnet.

des Harvardtheologen Harvey Cox formulierte, „im Wartezimmer der Zukunft sterben“ — diese Hinwendung zur Welt gleicht, wie inzwischen immer deutlicher wird, eher einer Kapitulation von Glauben und Kirche als einem neuen Aufbruch.

Keine Kapitulation vor dem Zeitgeist

Gegen diese Kapitulation wendet sich der Aufruf, der Anfang vergangenen Jahres von einer Gruppe amerikanischer Christen aus verschiedenen Kirchen und verschiedenen großen Universitäten in dem Städtchen Hartford im neuenglischen Bundesstaat Connecticut formuliert wurde. Diese Gruppe, deren Initiator der auch in Deutschland durch eine Reihe von Veröffentlichungen zu Kirche und Gesellschaft bekannt gewordene Soziologe Peter L. Berger von der Rutgers Universität ist, ist eine ökumenische Gruppe. Der Katholik George Tavard, der heute an der Methodistischen Theologischen Schule in Ohio lehrt, gehört ebenso dazu wie der Lutheraner George Lindbeck von der Universität Yale. Innerhalb der amerikanischen kirchlichen und politischen Szene ist ein großer, vielleicht der größere Teil der Unterzeichner eher links als rechts einzuordnen. Es handelt sich also weder um eine evangelikale noch um eine konservative Ökumene und schon gar nicht, wie die New York Times zu melden wußte, um „christliche Häupter“, die sich gegen „glaubenszersetzende Strömungen des Zeitgeistes“ wenden. Vielmehr erinnert der Aufruf die Kirche daran, was sie als Kirche der Welt zu geben habe und was sie in den beiden heute gängigen Alternativen, in der militant weltlichen ebenso wie in der fromm bewahrenden, dieser Welt schuldig bleibt. Der Aufruf von Hartford spricht kritisch korrigierend nach beiden

Seiten. Er nennt die auf der kirchlich-theologischen Linken und Rechten gebräuchlichen Schlagworte, Thesen und Argumente und verwirft sie. Er tut das ohne feierliches Anathema, aber mit der Schärfe der Forderung, daß der Glaube für sein Tun und Reden für die Welt und vor der Welt rechenschaftspflichtig sei. Aus dieser Pflichtigkeit stiehlt sich eine bloße Übernahme moderner Anschauungen und Begriffe von Welt und Mensch ebenso weg wie der fromme Verzicht auf Auseinandersetzung mit der Rationalität wissenschaftlichen oder ideologischen Denkens. In der Methode geht die Erklärung so vor, daß sie die Position, wie „man“ auf der einen oder anderen Seite denkt oder redet, formuliert und anschließend kritisch kommentiert. Das beginnt (These 1) so:

„Das moderne Denken ist allen bisherigen Arten des Verständnisses von Wirklichkeit überlegen und hat deshalb für den christlichen Glauben und das christliche Leben normativen Charakter“.

Und so wird die Ablehnung dieser Aussage formuliert:

„Wir lehnen diese These ab und verwahren uns dagegen, daß der christliche Glaube und das christliche Leben den vorherrschenden Denkstrukturen unterworfen werden. Das gilt nicht nur für das 20. Jahrhundert, sondern für jede geschichtliche Epoche. Wir treten dafür ein, jedliches hilfreiche Verständigungsmittel — ob alt oder neu — zu benutzen und sind davon überzeugt, daß die christliche Verkündigung zu den Ausdrucksformen der Kultur in Beziehung gesetzt werden muß. Gleichzeitig bekräftigen wir, daß das christliche Gedankengut mit anderen Anschauungen von Welt, die alle notwendig vorläufiger Art sind, konfrontiert werden muß“.

Wendet sich die erste Konfrontation gegen eine normative Übernahme herrschender Meinungen in das christliche Lehren und Handeln, so wird in der zweiten ebenso die Irrationalität und Subjektivität des Religiösen abgelehnt, die so formuliert wird: „Aussagen über religiöse Fragen sind losgelöst vom rationalen Denken“.

Der dazu gesetzte kritische Kommentar greift teils auf die vorhergehende Argumentation zurück („Aussagen über religiöse Fragen

werden den Kriterien des wissenschaftlichen Rationalismus unterworfen“), teils nimmt er die Argumentation einiger der noch folgenden elf Thesen vorweg („Die Vernunft wird mit wissenschaftlichem Rationalismus gleichgesetzt“). Der Glaube muß sich auf vernünftige Verständigung mit allen Menschen einlassen („Eine rein subjektive und nicht-rationale Religion führt dazu, daß Glaubensaussagen bestenfalls als Aussagen über den Glauben behandelt werden.“), allerdings nicht in abhängiger Übernahme, sondern in nüchterner Prüfung dessen, was eine Zeit an Möglichkeiten für eine solche Verständigung bereithält. Nicht von der Zeit her ist der Glaube deutbar, wohl aber kann aus dem Glauben die Zeit verstanden werden. Nicht die Welt bestimmt daher, wie es der in These 10 aufgegriffene Slogan behauptet, die Tagesordnung der Kirche, sondern „die Grundlage für das Handeln der Kirche bildet ihr eigenes Verständnis vom Willen Gottes für die Welt“.

Der in der ökumenischen Literatur Bewanderte könnte an dieser Stelle und an anderen Stellen Namen von Autoren nennen, auf die die in den Thesen abgewiesenen Meinungen und Sätze zurückgehen. Aber die Nennung von Namen würde in diesem Zusammenhang den falschen Eindruck erwecken, die Thesen seien ein Angriff auf bestimmte Theologen oder theologische Schulen. Gerade das sind sie nicht. Sie nennen keine Namen. Sie wenden sich sozusagen an alle und keinen. Aber sie machen gerade dadurch das Bedrückende eines Sprach- und Denkstils deutlich, der durch ständiges Betonen weltlicher Progressivität den Zusammenhang mit Welt und Zeit immer mehr verliert.

Metaphysischer Hunger?

Zum Glück für die Amerikaner gibt es in den Vereinigten Staaten publizistische Organe, in denen Auseinandersetzungen über kontroverse Thesen wie diese nicht nur möglich sind, sondern für die eine solche Auseinandersetzung geradezu zum redaktionellen Auftrag gehört. Entsprechendes wäre in der deutschen kirchlichen und theolo-

gischen Publizistik schwer denkbar. Obwohl es sich um Fragen von ökumenischem Rang handelt, obwohl Wolfhart Pannenberg, der übrigens auch als einziger Ausländer an der amerikanischen Diskussion selbst beteiligt war, darüber ebenso engagiert wie gründlich in den Lutherischen Monatsheften berichtet hat, hat m. W. bisher außer ihm kein deutscher Theologe diese Diskussion aufgegriffen und fortgeführt, die in Amerika in besonderer Weise in den Zeitschriften „Worldview“ und „Theology Today“ geführt wurde. Und sie wurde geführt mit Theologen, deren Namen in der Ökumene zum Teil schon fast zu Symbolen theologischer Modernität geworden sind. Dabei läßt aber gerade die Unterschiedlichkeit der einzelnen Diskussionsbeiträge mit aller wünschenswerten Deutlichkeit erkennen, daß diese Modernität durchaus kein einheitlicher Nenner dafür ist, was inhaltlich darunter verstanden werden kann. Da befürchtet John C. Bennett, der langjährige Präsident des New Yorker Union Seminary, das Dokument werde der „Befreiungstheologie“, also der Theologie, die die großen Befreiungsbewegungen auch und gerade in der nichtwestlichen Welt thematisiert hat, nicht gerecht, während einer der Initiatoren dieser Theologie, Richard Shaull (Princeton) in seiner Zustimmung zugleich seine Beunruhigung über die „Mittelmäßigkeit und Unfruchtbarkeit einer Welt ohne Transzendenz“ zum Ausdruck bringt, die darüber hinaus von der Begrifflichkeit traditionellen theologischen und philosophischen Denkens, wie er sie den Unterzeichnern von Hartford zum Vorwurf macht, gerade nicht erreicht werde: „Ich befinde mich unter Studenten . . ., denen die Metaphysik eines transzendentalen Seins nichts mehr bedeutet.“ Dieser Satz hat Peter Berger zu der ironischen Rückfrage veranlaßt, ob diese Feststellung vielleicht mit der Tatsache zusammenhänge, daß die von Shaull gemeinten Studenten eben Theologen seien. Er, Berger, beobachte jedenfalls unter den nichttheologischen Studenten von Rutgers (Staatsuniversität von Pennsylvania) „einen wahren metaphysischen Hunger.“

In dieser Auseinandersetzung zwischen Shaull und Berger könnte sich ein paradoxer Vorgang spiegeln. Die Theologen sind dabei, gerade in einem Augenblick das Wissen um die Angewiesenheit des

Menschen auf Transzendenz zu verlieren, in dem dieses in anderen Bereichen modernen Lebens sich neu zur Geltung bringt. Man glaubt sich in weiten Bezirken von Kirche und Theologie emanzipiert, weltlich oder mündig, ohne die bedrohlichen und verheißungsvollen Erscheinungen zu verstehen, in denen sich heute eine erneut gewandelte Welt ankündigt. Man wollte Ballast loswerden und frei sein für das Neue, aber man zählte vermutlich unversehens auch manches zum Ballast, was für das Verstehen des Neuen, ja, für das Verstehen geschichtlicher Veränderungen überhaupt unerläßliche Voraussetzung ist. Eine Kirche und eine Theologie, die an dieser Stelle stehen blieben, würden auf veraltete oder veraltende Ideologien zurücksinken und sich damit der Möglichkeiten eines Verstehens von Welt im Sinne ökumenischer Weltverantwortung endgültig berauben.

Es ist unwahrscheinlich, daß dies eintritt. Wahrscheinlicher ist vielmehr, daß wir am Anfang einer neuen Erfahrung in der christlichen Ökumene stehen, und die Vollversammlung des Weltkirchenrats in Nairobi könnte für diesen Anfang ein entscheidendes Lehrstück geliefert haben. Jedenfalls weiß man heute: Wer den tragischen Konflikten, die das Ringen der dritten Welt um ihre politische und geistige Zukunft bestimmen, hilfreich begegnen will, muß mehr mitbringen als weltliches Verständnis und wissenschaftliche Rationalität, mehr, nicht weniger. Zu diesem Mehr gehört vor allem das Wissen um den Menschen als des auf Verantwortung angelegten und sich dieser Verantwortung immer entziehenden Wesens. Und es gehört dazu das Wissen um eine Welt, die diesem Menschen übergeben ist und die ihm dennoch nicht gehört. Gerade dies unausweichlich gegenwärtige Wissen könnte uns „mündig zur Krise“ machen (H.-O. Wölber). Die anthropologische Frage, die Frage nach dem Menschen, und das vom Glauben an den dreieinigen Gott bestimmte Verständnis der Welt gehören zusammen. Mit diesen Fragen wird die ökumenische Kirche in Zukunft leben müssen.

Wie diese Fragen in und mit der Welt genutzt werden, hängt vom Denken und Handeln der Christen, nicht zuletzt auch von ihrer Spiritualität ab. Wenn sich also Spuren

Evangelische Verantwortung 3—4/76

noch die Kontrolle im Gegensatz zu der eigenmächtigen Willkür zentralistischer und bürokratischer Strukturen unter der bei uns vor den Kirchen insbesondere die Schule, die Presse, die Massenmedien und nicht zuletzt mancherlei politische Gruppierungen zu rechnen sind. Ganz sicher haben bei uns die Erfahrungen einer solchen Spiritualität heute neu zeigen, dann sind sie nicht als nostalgische Versuche einer Rückkehr in ein längst verlassenes Land, sondern als Ausdruck der schmerzlichen und notwendigen Einsicht zu verstehen, die der Katholik George Tavard in der Auseinandersetzung um den Appell von Hartford so ausgesprochen hat: „Wenn man mich fragt, wer eigentlich die in den Thesen formulierten Meinungen vertritt, dann müßte ich sagen ‚Ich selbst‘ und zwar immer dann, wenn mein in wohl ausgeformten Bahnen sich bewegendes professorales Denken mir den Sinn für das Risiko des Glaubens in der Welt, in der ich lebe, verdunkelt. . . . Aber ich weiß auch, daß solcher Glaube leer und die Sicherheit solchen Denkens trügerisch ist, wenn sie nicht ständig dem ausgesetzt sind, daß ich gerichtet bin von dem Gott, der Fleisch geworden ist, von dem Absolutum, das in Schöpfung und Gnade immanent gegenwärtig ist.“

Wende durch die Hartford-Erklärung?

Die Hartford-Erklärung könnte, abgesehen von ihrer ökumenischen Bedeutung, in den Vereinigten Staaten der Ausgang für ein neues Verhältnis von Kirchen und amerikanischen Öffentlichkeiten werden. Ihre Autoren arbeiten weiter an den Impulsen, die von der modellhaft eingeleiteten Auseinandersetzung ausgegangen sind. Stiftungen sind bereit, Projekte theologischer Forschung, die sich hieraus ergeben, zu fördern. Ob mit entsprechenden Auswirkungen im europäischen und deutschen Bereich zu rechnen ist, dürfte einstweilen mehr als fraglich sein. Das amerikanische Freikirchentum hat gerade als Freikirchentum sicher einen stärkeren Einfluß auf die Gesellschaft als unsere Volkskirche. Es spielt in der Vermittlung von Sinnfragen und

Sinnorientierungen. Auch heute noch die Hauptrolle im Gegensatz zu der eigentümlichen Wirrnis zentralistischer und pluralistischer Instanzen, unter die bei uns vor den Kirchen insbesondere die Schule, die Presse, die Massenmedien und nicht zuletzt mancherlei politische Gruppierungen zu rechnen sind. Ganz sicher haben bei uns die Bildungsinstitutionen, vor allem die Schulen, vieles von dem übernommen.

Soll ein Christ sich parteipolitisch engagieren?

Hans-Jürgen Hellwig

Der Autor des folgenden Artikels – von Beruf Rechtsanwalt – ist im Evangelischen Arbeitskreis der CDU Frankfurt engagiert. Gleichzeitig gehört er dem Rat der Stadt Frankfurt an. In seinen Ausführungen setzt er sich u. a. mit dem Spannungsverhältnis von Politik und Ethik auseinander und geht dabei auch auf die Aufgabenstellung einer am „C“ orientierten Partei ein.

Ein parteipolitisch tätiger Christ kann die Themafrage nur mit ja beantworten, so daß sich für ihn sofort die Frage nach dem „Warum“ und nach dem „Wie“ anschließt.

Die Frage „Soll sich ein Christ parteipolitisch engagieren“ geht, zumindest scheinbar, von einem Gegensatz zwischen Christentum, d. h. christlicher Ethik einerseits und Parteipolitik andererseits aus. Zum besseren Verständnis soll im folgenden zunächst allgemein von Parteipolitik gehandelt werden.

In der abendländischen Philosophie wurde die Politik seit Aristoteles dem Bereich der praktischen Philosophie, d. h. der Moralphilosophie zugeordnet. Die praktische Philosophie umfaßte neben der Politik die Ethik, d. h., die Lehre vom sittlichen Verhalten des einzelnen, und die Ökonomik, d. h., die Lehre vom Hauswesen. Noch heute verstehen wir unter Politik im Anschluß an die Antike die Lehre vom Eingebundensein des einzelnen in ein Gemeinwesen, oder schärfer formuliert, die Lehre von der Herr-

men, was einmal Auftrag der Kirche war und was es im amerikanischen Kirchentum heute noch ist. In der Aufgabe, den Menschen in der heutigen Welt wieder zu der Freiheit zu befähigen, in der allein er dieser Welt gewachsen sein kann, ist aber die Frage nach den vermittelnden Institutionen gegenüber der Sache, die zu vermitteln ist, letzten Endes zweitrangig. Daß diese Sache nicht eine Angelegenheit so-

genannter Fachleute ist, sondern alle angeht, wird sicher erst langsam begriffen werden. Das Experiment von Hartford hat einen Einblick in diesen Vorgang des Begreifens gegeben. Es weist auf eine Veränderung hin, in der wir mitten drinstehen und die gleichwohl alle unsere Kräfte herausfordert, die des Verstandes, der Bildung, der politischen Vernunft ebenso wie die der Geduld und des Glaubens.

schaft über ein Gemeinwesen. Wie sehr Politik und Ethik als Einheit aufgefaßt wurden, zeigt sich am älteren Begriff der Polizei, der im vorindustriellen Staat mit der Fürsorge für die Gesamtverfassung des Gemeinwesens identisch war. Seit dem 16. Jahrhundert wurde die Einheit von Politik und Ethik allmählich aufgelöst. Politik stellte sich nun auch als Lehre von der Macht und als Lehre vom Staat als Macht- und Herrschaftsapparat dar. Besonders die an Machiavelli anschließende Lehre von der Staatsräson, die den Begriff des Politischen auf den Staat verengte, führte in Kontinental-Europa zu einer immer stärkeren Gegensätzlichkeit zwischen Ethik und Politik, während in den angelsächsischen Ländern, wo die Lehre von der Staatsräson kaum Fuß fassen konnte, in der Tradition des Common Law die Einheit von Staat und Gesellschaft im politischen Gemeinwesen erhalten blieb. Die kontinental-europäische Entwicklung erlebte ihre stärkste Entfaltung, als im 19. Jahrhundert, insbesondere in Deutschland, der Begriff des Nationalstaats herausgearbeitet wurde. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungsschichte ist es vielleicht verständlich, daß eine eindeutige Begriffsbestimmung von Politik heute weder von der wissenschaftlichen Theorie noch von der Praxis des Handelns herzugeben ist. Eine starke traditionelle Richtung ordnet den Begriff der Politik weiterhin

vornehmlich dem Staat zu, was in der Alltagssprache zu der merkwürdigen Wortbildung „Staatspolitik“ geführt hat, die im Gegensatz zur offenbar minderwertigen Parteipolitik gesehen wird. Eine neuere, von der politischen Wissenschaft ausgehende Richtung sucht hingegen den Begriff der Politik von der Bindung an den Staat freizumachen und Politik wieder auf das Gemeinwesen zu beziehen. Dabei ist das Gemeinwesen dadurch charakterisiert, daß es Staat und Gesellschaft nicht trennt, sondern dem Staat einen instrumentalischen Charakter zuweist. Dabei bleibt es aber im Begriff der Politik stets impliziert, daß sie es mit Macht zu tun hat.

Zum Verhältnis von Politik und Ethik

Die Schärfe in der Konfrontation von Politik und Ethik ist eine neuzeitliche Erfahrung. Zwar ist schon in der Antike klar gesehen worden, daß Machterwerb und Machterhaltung oft zu Mitteln greifen ließ, die im bürgerlichen Leben streng verurteilt wurden. Im Grunde wurden aber Politik und Ethik in der griechischen Polis als zwei Seiten ein und derselben Sache angesehen. Dies galt im mittelalterlichen corpus cristianum weiter. Erst mit der Säkularisierung seit der Renais-

sance wurde man sich des dialektischen Verhältnisses von Politik und Moral voll bewußt. Die Staatsräson erhob das Postulat der Autonomie des politischen Handelns. Bei der Entstehung des neuzeitlichen Staates wurde die Spannung zwischen staatlichen Zielsetzungen und individueller Moral oft zugunsten vordergründiger Interessen bagatellisiert oder im Namen der angeblich höheren Sittlichkeit des Staates aufgehoben. Das 20. Jahrhundert schließlich brachte mit der Ideologisierung der Politik und dem Auftreten der totalitären Systeme einen Höhepunkt im Konflikt von Politik und Ethik. Kommunismus und Faschismus verkündeten nicht nur eine neue Politik, sondern auch eine neue Ethik, die ausschließlich als Magd der Politik verstanden wurde. Die den totalitären Systemen eigene völlige Enthumanisierung führte dann zu einer Wiederbelebung naturrechtlicher Gedanken, wobei Naturrecht verstanden wird als eine Grundordnung von Weisungen und Leitsätzen auch für die Welt des Politischen, überlegen und vorgeordnet allem bloß historisch-konkreten und gesetzten Recht.

Die christliche Ethik hat den Staat und die Politik stets als Auftrag Gottes verstanden. Aus dem Gedanken der Statthalterschaft leitet sie die Forderung nach der Mitarbeit des Christen in der Politik ab. Die allgemeine Frage „soll sich ein Christ politisch engagieren“ ist danach mit ja zu beantworten. Das Glied der christlichen Gemeinde soll in der Arbeitswelt wie in den politischen Verhältnissen Mitverantwortung tragen. Dabei ging und geht es immer um die Frage, ob sich die jeweiligen politischen Ziele und Mittel eines Gemeinwesens im christlichen Glauben bejahen lassen. Der christliche Glaube wird Politik als Versuch verstehen, mit den Mitteln des Rechts, aber auch nötfalls der Gewalt, die von Gott verliehene Würde des Menschen zu schützen und zu erhalten.

In diesem Zusammenhang ist wenigstens kurz zu erwähnen die Lehre Luthers von den zwei Reichen; der im weltlichen Regiment sitzende Inhaber politischer Gewalt dürfe in seinem Amt und Beruf gewiß sein, Gottes Auftrag zu vollstrecken, auch wenn er als Privatperson auf eine solche Vollstreckung verzichten würde. Nach den

Erfahrungen der totalitären Diktaturen ist freilich heute zweifelhaft geworden, ob obrigkeitliches Verhalten und der Wille Gottes in einer so einfachen Beziehung zueinander stehen. Hier sei verwiesen auf Karl Barth, der die Gnade Gottes als Quelle allen wahren Rechts und damit auch aller politischen Sittlichkeit sieht. Diese Gedanken schließen es letztlich aus, das Christentum ausschließlich mit einer bestimmten politischen Ordnung zu identifizieren.

Bereitschaft in Konflikten zu leben

Das Verhältnis von Christentum und Politik als Sonderfall des Konflikts zwischen Ethik und Politik ist in der Geschichte der Bundesrepublik insbesondere im Zusammenhang mit den christlichen Parteien ausgetragen worden. Daß es zur Bildung christlicher Parteien gekommen ist, ist als Reaktion auf die völlige Ausschaltung der Grundsätze von Ethik und Moral im totalitären Staat des Dritten Reiches zu verstehen; hier wird das dialektische Verhältnis von Politik und Ethik entwicklungsgeschichtlich in einem besonders kurzen Zeitraum deutlich. Bei Bildung und Betätigung der christlichen Parteien ist der charakteristische Unterschied in den Beziehungen von Katholizismus und Protestantismus zur politisch-sozialen Welt klar hervorgetreten. Die christliche Antwort auf die Herausforderungen der Politik orientiert sich entweder an der Vorstellung einer inhaltlich bestimmten christlichen Politik oder postuliert die Verantwortung des einzelnen Christen in der Politik; im praktischen, politischen Ergebnis bestehen dabei häufig keine Unterschiede. Gemeinsam ist dabei den Konfessionen, daß die Bereitschaft, in Konflikten zu leben, auch das Grunderfordernis einer christlichen Ethik des Politischen ist.

Oben wurde gesagt, daß die christliche Ethik aus dem Gedanken der Statthalterschaft die Forderung nach der Mitarbeit des Christen in der Politik ableitet. Wie steht es nun mit der Parteipolitik? Hier ist auf die Stellung der Parteien in der Verfassung und in dem tatsächlichen politischen Leben einzuge-

hen. Nach Artikel 21 Grundgesetz wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mit, ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Wie bedeutsam diese Feststellung ist, wird aus dem Standort der Vorschrift deutlich. Sie folgt nämlich unmittelbar dem Artikel, nach dem die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer und sozialer Bundesstaat ist, alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt wird. Erstmals in der deutschen Verfassungsgeschichte sind damit die politischen Parteien zu sogenannten Verfassungsorganen im weiteren Sinne erhoben worden. Für das Grundgesetz sind die politischen Parteien damit nicht mehr ein Mittel der politischen Willensbildung unter vielen, sondern das Mittel der politischen Willensbildung.

Die dominierende Rolle der Parteien

Die verfassungsrechtlich starke Stellung der politischen Parteien ist in der Praxis der Politik noch wesentlich stärker. Heute findet sich weder im Bundestag noch meines Wissens in einem der Landtage ein parteipolitisch nicht gebundener Abgeordneter; die erfolgreiche Ausübung des passiven Wahlrechts als hervorragende Form der politischen Betätigung hat bereits das parteipolitische Engagement zur Voraussetzung. Auf kommunaler Ebene sieht es kaum anders aus. Abgeordnete von Wählergemeinschaften finden sich bereits außerordentlich selten, ihre Zahl geht ständig zurück. Auch stellt sich die Frage, ob nicht gerade der Zusammenschluß zu Wählergemeinschaften nicht im weiteren Sinne als Partei anzuse-

hen ist. Abgeordnete, die nicht an irgendwelche Gruppierungen gebunden sind, finden sich vollends so selten, daß sie als Ausnahmen nur die Regel bestätigen.

Man mag das Monopol der Parteien bei der politischen Betätigung des einzelnen bedauern, es bleibt ein Faktum. Darüber hinaus ist zu fragen, ob nicht der auf sich selbst gestellte, parteipolitisch ungebundene Einzelkämpfer ein Relikt der Geschichte ist, für das es im modernen Industriestaat mit der Anonymität ihrer Großstädte keinen Raum mehr gibt.

Wie wenig der interessierte Individualist heute politisch ausrichten kann, hat sich immer wieder gezeigt, etwa bei der sogenannten Göttinger Erklärung von 18 deutschen Atomwissenschaftlern im Jahre 1957.

Nicht nur nach außen gegenüber anderen Staaten, auch im Inneren müssen sich die einzelnen zusammenschließen, wenn sie etwas erreichen wollen. Die politischen Denkschriften der EKD wären als Denkschriften eines einzelnen ungehört verhallt, als Denkschriften einer Kirche jedoch fanden sie weitestes Interesse. Daß sie darüber hinaus auch politische Wirkung hatten, macht sie als nicht parteipolitische Erklärungen zur großen Ausnahme.

Natürlich muß, wer sich einer Partei anschließt, Kompromisse machen. Dies ist in jeder Gemeinschaft der Fall. Oder gibt es einen unter uns, der nicht mit irgend etwas im staatlichen Leben der Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland unzufrieden wäre? Aber wird er deswegen gleich auswandern? Wer hat sich nicht schon einmal über seine Kirche geärgert? Aber ist er deswegen aus der Kirche ausgetreten? Als Statthalter Gottes in der Welt ist der Christ zur Mitarbeit in der Politik verpflichtet. Das Mittel dazu, das unserem Gemeinwesen und unserer Zeit gemäß ist, sind die politischen Parteien. Wir sollten nicht der Gefahr des Elitären erliegen, die mit jeder Ethik verbunden ist, sondern, um es mit

einer biblischen Formulierung zu sagen, mitten unter die Zöllner gehen. Ist die Tatsache, daß es in unserem Lande zum totalitären Staat des Dritten Reiches gekommen ist, nicht auch die Folge davon, daß die Christen ihren politischen Auftrag nicht ernst genug genommen haben?

Das „Wie“ der parteipolitischen Betätigung

Mit dem Eintritt in eine politische Partei ist das Kompromissmachen nicht vorbei. Vielmehr erfordert der Gegensatz zwischen Politik und christlicher Ethik, daß auch weiterhin mehr oder minder regelmäßig Kompromisse gemacht werden müssen. Befindet man sich als einzelner innerhalb der Partei, Fraktion oder sonstigen Einheit der parteipolitischen Betätigung in der Minderheit, so stellt sich häufig die

Unsere Autoren:

Dr. Hans Bolewski
Pfarrer
Colmarstraße 6
3000 Hannover-Kirchrode

Dr. Hans-Jürgen Hellwig
Rechtsanwalt
Westendstraße 45
6000 Frankfurt

Bischof Alfred Petersen
Plessenstraße 5
2300 Schleswig

Dr. Gerd Langguth
Jagdweg 7
5300 Bonn

Frage, wie weit man bereit ist, sich nach außen der Auffassung der Mehrheit anzuschließen und diese mitzutragen. Hier läßt sich keine allgemeine Regel aufstellen, sondern es muß eine Abwägung von Fall zu Fall getroffen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Mehrheitsprinzip als Mittel der innerparteilichen Willensbildung einen bestimmten Wert hat; eine Partei, die nach außen hin stets uneinig auftritt, gibt sich selbst auf und verfehlt ihre politische Aufgabe. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen die Art und Tragweite der zu treffenden Sachentscheidung.

Hier sind durchaus Fälle denkbar, in denen Fragen tiefster christlicher Überzeugung angesprochen sind und bei denen es der einzelne nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann, sich der Meinung der Mehrheit zu fügen. Als besonders extremes Beispiel möchte ich die Frage der Todesstrafe und der Strafbarkeit der Abtreibung nennen. Hier wird wohl jeder von einer echten Gewissensentscheidung sprechen, die nur dem einzelnen überlassen sein kann, nicht aber der Mehrheit der Partei. Es sind jedoch auch andere Fälle denkbar, in denen verschiedene Parteimitglieder, die in einer bestimmten Sachentscheidung eine andere Auffassung als die Mehrheit vertreten, unterschiedliche Ansichten haben zu der Frage, ob es sich um eine echte Gewissensentscheidung handelt, bei der sie die Meinung der Mehrheit nicht mit tragen können, oder nicht. Ist der einzelne in einem konkreten Fall zu der Auffassung gekommen, daß es sich für ihn um eine Gewissensentscheidung handelt, die er sich von der Mehrheit nicht abnehmen lassen kann, so stellt sich für ihn die weitere Frage, wie weit er diese seine von der Mehrheit abweichende Auffassung nach außen zum Ausdruck bringen will, ob er insbesondere sich auf die abweichende Stimmabgabe bei Abstimmungen beschränkt oder nach außen hin etwa durch eine Rede im Parlament, seine abweichende Ansicht begründet und die der Mehrheit angreift. Hier gilt es wieder abzuwägen gegenüber dem Wert, den ein einheitliches Auftreten für eine Partei, wenn schon nicht in der Stimmabgabe, dann doch wenigstens bei Äußerungen in der Öffentlichkeit, für diese Partei hat. Auch hier zeigt sich letztlich wieder der Gegensatz zwischen Ethik und Politik, wenn auch auf einer nachgelagerten Ebene. Ein Christ, der sich parteipolitisch betätigt, ist somit persönlich gefordert, einen Ausgleich des Gegensatzes zwischen Politik und christlicher Ethik für sich selbst zu finden. Dieser Ausgleich kann im Einzelfall sehr schwer sein, doch dürften die Fälle, in denen politische Vorstellungen und christliche Ethik wirklich unversöhnlich aufeinanderprallen, in der Praxis des parteipolitischen Lebens seltener sein als von Außenstehenden häufig angenommen wird.

Familie heute — orientiert am Evangelium

Alfred Petersen

Bischof Alfred Petersen aus Schleswig hielt auf der diesjährigen Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Kiel ein vielbeachtetes Referat, in dem er sich mit jenen Problemen beschäftigte, denen sich die Familie heute gegenüber sieht. Vom Prototyp der Familie ausgehend setzte sich Bischof Petersen sodann mit gegenwärtigen Auflösungstendenzen der Familie auseinander, um schließlich Lösungsvorschläge für eine entsprechende Stabilisierung aufzuzeigen.

Beide Schöpfungsberichte in 1. Mose 1 und 2 stimmen überein in der Aussage, daß der Mensch auf Gemeinschaft, auf Partnerschaft angelegt ist. Der ältere Schöpfungsbericht ist der zweite. In ihm heißt es (1. Mose 2, 7.8.15.18): „Da machte Gott der Herr den Menschen aus Erde vom Acker und blies ihm den Odem des Lebens in seine Nase. Und so ward der Mensch ein lebendiges Wesen. Und Gott der Herr pflanzte einen Garten in Eden... Und Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, daß er ihn bebaute und bewahrte... Und Gott der Herr sprach: Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei; ich will ihm eine Gehilfin machen, die um ihn sei.“ In diesem Bericht beginnt das schöpferische Handeln Gottes mit der Schaffung des Menschen.

Im zweiten Schöpfungsbericht heißt es (1. Mose 1, 27 f.): „Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Weib. Und Gott segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde und machet sie euch untertan und herrschet über die Fische... die Vögel... das Vieh und alles, das auf Erden kriecht.“ In diesem zweiten Bericht ist die Schaffung des Menschen die abschließende Krönung des Schöpfungshandelns Gottes. Der Mensch besteht hier aus der Einheit von Mann und Frau; einzeln ist jeweils nur der halbe Mensch.

Von naturwissenschaftlichem Belang sind diese Berichte gewiß nicht. Ihre Bedeutung liegt darin,

daß sie eine Aussage darüber enthalten, wem wohl das allererste Menschenpaar seine Existenz verdankt. Diese Aussage ist durch die Ergebnisse der anthropologischen Forschung keineswegs überholt und wird auch nicht zu überholen sein. Sie enthält zugleich aber auch die großartige Formulierung eines Menschenbildes, das in seiner Gott-Ebenenbildlichkeit nicht mehr überboten werden kann.

Die Tatsache, daß Menschen sich für ein zölibatales Leben freiwillig entschieden haben oder es unfreiwillig auf sich nehmen mußten, ändert an dem Befund nichts.

Die Zweigeschlechtlichkeit des Menschen ist Voraussetzung für Ehe, Familie und Nachkommen. Das ist Schöpfungsordnung Gottes. Luther hat sich dankbar zu ihr bekannt mit der Erklärung zum 1. Artikel des apostolischen Glaubensbekenntnisses, in dem er u. a. sagt: „Ich glaube, daß mich Gott geschaffen hat samt allen Kreaturen; mir Leib und Seele, Augen und Ohren und alle Glieder, Vernunft und alle Sinne gegeben hat und noch erhält; dazu Kleider und Schuh, Essen und Trinken, Haus und Hof, Weib und Kind, Acker, Vieh und alle Güter.“ Eine ähnliche Aufzählung bietet Luther noch einmal in der Erklärung der 4. Bitte als Antwort auf die Frage an: „Was heißt denn täglich Brot?“

Die Geschlechtsregister und Stammbäume in der Bibel haben in diesem Zusammenhang ihre besondere Bedeutung. Dem ersten Geschlechtsregister im Alten Testament begegnen wir z. B. in 1. Mose 5 von Adam bis Noah. Der Marburger Theologe August Friedrich Christian Vilmar (1800–1868) sagt in seinem auch heute noch zu beachtenden Collegium Biblicum: „Die Geschlechtstafeln dürfen nicht so gering angesehen werden, wie es geschehen ist. Sie dienen vor allem dazu, das geistige Erbe der Väter, welches mit dem leiblichen unmittelbar verknüpft ist, — also die notwendige und damals vorhandene Einheit und Stetigkeit der Lebensanschauung zu dokumentieren. Dies

können wir auf alle Geschlechts-tafeln der Heiligen Schrift anwenden. Sodann aber bezeugt uns die Schrift manchmal, daß Gotteserkenntnis nur in der Familie, in den Geschlechtern fortgepflanzt traditionell überliefert wird. Das wird auch durch die Geschichte der christlichen Kirche überall bestätigt. Außerhalb der Geschlechter gibt es keine Tradition. Deshalb ist das Familienleben das notwendige Requisite der Offenbarung... Bekanntlich sind die Genealogien des Alten Testaments Dokumente für die uralte Tradition des Zusammenhangs mit dem lebendigen Gott, daß die und die Person an Gott geglaubt, mit Gott geredet hat.“

Ähnliche Ausführungen finden wir bei Vilmar auch im Zusammenhang mit den Geschlechtsregistern, wie wir sie etwa im Neuen Testament am Anfang des Matthäus-Evangeliums lesen.

Nicht unerwähnt bleibe die Erinnerung an den Bericht (Markus 3), in dem uns mitgeteilt wird, daß die Angehörigen Jesus sprechen möchten. Er geht auf diese Bitte seiner Angehörigen nicht ein; weist auf die vor ihm versammelten Menschen hin und sagt: „Wer ist meine Mutter und meine Brüder?“ und fährt fort: „Wer Gottes Willen tut, der ist mein Bruder und meine Schwester und meine Mutter.“ Dieser Bericht will nicht die Mißachtung der Familie durch Jesus verdeutlichen, sondern die Warnung davor aussprechen, man könnte die Familie Gott vorordnen. Die erste Stelle nimmt in jedem Falle Gott ein.

Zur sozialen Verpflichtung des Menschen

Nach biblischem Befund sind der Prototyp der Familie: Adam, Eva, Kain, Abel. Die Ordnung dieses Familienverbandes ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Blutsverwandtschaft zu sehen, sondern

vor allem unter dem Bezug auf Gott, den Schöpfer und Herrn. Die Eltern (Adam und Eva) haben den Versuch der Emanzipation unternommen, sich von Gott losgesagt, um zu sein wie Gott, und sind in die Gott-Losigkeit abgestürzt. Den Söhnen (Kain und Abel) ist nach der Vertreibung aus der Nähe Gottes der Verlust dieser Dimension deutlich geworden. Sie unternehmen beide den Versuch zu opfern.

Das Opfer ist doch nur verständlich unter der Voraussetzung, daß sie das Bedürfnis haben, sich mit Gott zu versöhnen. Am Opferaltar in der Frage nach der Annahme des Opfers bricht der Streit unter den Brüdern aus. Kain wird zum Mörder, und Gott stellt ihm die Frage: „Wo ist dein Bruder?“ Dies ist der Anfang der „sozialen Frage“, wenn wir den Sozios in weitesten Sinne als den Gefährten, den Menschenbruder verstehen. (Dieses Wort ist auch erst am Ende des 18. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Aufklärung von der französischen Geisteswelt durch Rousseau übernommen worden und in Deutschland erst in den Jahren angekommen, in denen sich unser Land im 19. Jahrhundert aus dem Agrarstaat zum Industriestaat entwickelt hat.) Die „soziale Frage“ ist also die Frage Gottes an den Menschen nach seiner Verantwortung für den Mitmenschen, aufgebrochen in der Familie. Sie fordert eine soziale Antwort heraus, aber nicht nur eine Diskussion, wie sie Kain etwa schon einzuleiten versucht hat, als er auf die Frage an ihn mit der Rückfrage antwortet: „Soll ich meines Bruders Hüter sein?“ Damit hat er doch nichts anderes gemeint als: Das Leben ist viel zu schwer als daß es auch noch die Möglichkeit umschlüsse, auf einen anderen achtzugeben. Jeder muß sehen, wie er das Leben bewältigt und mit seinen Problemen fertig wird. Neben der glatten Lüge (ich weiß nicht, wo mein Bruder ist) ist diese Rückfrage entweder eine rhetorische Frage, die ihre Antwort bei sich selber hat, oder eine Einleitung für die Diskussion der „sozialen Frage“. Die soziale Antwort aber kann nur in einer eindeutigen Bejahung der Verantwortung für den Mitmenschen fallen. Der geschichtliche Ort, an dem diese Antwort mit einem uneingeschränkten Ja gegeben wurde, ist Jesus Christus. Sein Leben, Sterben, Auferstehen ist eine ein-

zige Zuwendung zum Menschen um der Verantwortung vor Gott willen. „Was ihr getan habt einem dieser meiner geringsten Brüder, das habt ihr mir getan“, sagt Jesus im Zusammenhang mit der berühmten Rede über das Weltgericht (Matthäus 25). Im Hebräerbrief (2,11) wird ihm das Zeugnis ausgestellt: „Er schämt sich auch nicht, sie Brüder zu heißen“.

Mit diesen Überlegungen möchte ich andeuten, daß die Existenz des Menschen vor Gott immer auch den Blick auf den Mitmenschen im Auge hat. Die nur immanente mitmenschliche Beziehung ohne den transzendenten Bezug auf den Schöpfer bedeutet eine Verkürzung des Menschenbildes. Aus dem Dreiecksverhältnis: Gott, Mensch, Mitmensch darf keine der drei Komponenten ausgeklammert werden, sonst besteht die Gefahr, daß (ich meine Schleiermacher habe es so oder ähnlich formuliert) die Humanität ohne die Divinität zur Bestialität werden kann. Der Übungsplatz, auf dem sich ständig dieses Dreiecksverhältnis — Gott, Mensch, Mitmensch — zu bewähren hat, ist die Familie.

In einer übergreifenden Bedeutung erinnert uns die Anrede und der Gesamtzusammenhang des Vaterunser-Gebets an die familia dei (Familie Gottes), in der die Menschen, die etwas von der Kinderschaft Gottes wissen, auch etwas vom gemeinsamen Vater auszusagen haben und ihn ansprechen dürfen mit der Bitte um das tägliche Brot, um die Vergebung der Schuld, um die Bewahrung vor dem Bösen.

Außerbiblisch erwähne ich in der altchristlichen Kirche zwei Namen, die über die familia dei und über die menschliche Familie tief sinnig nachgedacht haben: Der Kirchenvater Hieronymus (gestorben 420) sagt im Angesicht der Verstorbenen: „Wir wollen nicht trauern, daß wir sie verloren haben, sondern dankbar dafür sein, daß wir sie gehabt haben, — ja, auch jetzt noch besitzen; denn wer heimkehrt zum Herrn, bleibt in der Gemeinschaft der Gottesfamilie und ist nur vorgegangen.“ Auch der Tod löscht die Familienzugehörigkeit nicht aus.

Der Kirchenvater Augustin (gestorben 430) hat einmal formuliert: man solle viel mit seinen Kindern über Gott reden, vor allem aber mit Gott über seine Kinder.

Es würde nicht schwerfallen und wäre eine reizvolle Aufgabe, den Spuren dieses Verständnisses von Familie durch die Geschichte der christlichen Kirche nachzugehen; allein der Rahmen dieses Beitrages würde dadurch gesprengt. Deshalb in diesem Zusammenhang abschließend nur noch der Hinweis — um den Zeitrahmen ganz weit zu spannen —, daß die Vollversammlung des Weltrats der Kirchen in Nairobi im November/Dezember 1975 manchem Teilnehmer, der dabei gewesen ist — vielleicht auch manchem, der die Berichte darüber im Fernsehen und Rundfunk verfolgt hat — das Bewußtsein vermittelte: Wir sind unter dem Thema „Christus eint und befreit“ wie eine große, die Welt umspannende familia dei beisammen. Auch in der Familie Gottes sind Spannungen nicht ausgeschlossen.

Historische Entwicklungstendenzen

Die Großfamilie haben wir uns vorzustellen als eine Gemeinschaft, in der Produktion und Konsum sich die Waage halten. Sie ist auf die Deckung des Eigenbedarfs ursprünglich eingestellt.

Das Erwerbsstreben, das den Kapitalismus und sein Denken auslöst, führt naturgemäß zu erweiterter Produktion. Damit wird gleichzeitig im Familienverband die Trennung eingeleitet zwischen dem produzierenden Betrieb und dem Haushalt. Die Großfamilie löst sich auf. Die Familie wird zum privaten Lebensraum. Der Mann geht dem Beruf nach, die Frau steht dem Haushalt vor. Man hat diese Form der Familie die „Gegenstruktur der Gesellschaft“ genannt. Der in der Produktion Tätige findet im Schoße der Familie seine Zuflucht. Trotzdem bleibt die gesellschaftliche Bestimmtheit der Familie bestehen. Die Arbeitszeit z. B. bestimmt nicht nur dem Berufstätigen seinen Lebensrhythmus, sondern auch den seiner Familie. Beispiele dafür liefert eindrucksvoll ein landwirtschaftlicher Betrieb mit der 7-Tage-Woche oder in den Dienstleistungsbetrieben die Schichtarbeit rund um die Uhr. Der Lebensstandard einer Familie ist vom Einkommen abhängig. Der Lebensstandard bestimmt

andererseits den sozialen Status einer Familie und damit auch ihren Platz in der Gesellschaft.

Für unsere Überlegungen gehen wir von der Normalfamilie aus: Vater, Mutter, Kinder. Andere Formen des Zusammenlebens wie etwa die unvollständige Familie lassen wir außer Ansatz. Die Familie ist zusammengebunden durch den Haushalt, in dem Mann und Frau nach ihrer Berufstätigkeit mit den Kindern vereint sind. (Anmerkung: Das Grundgesetz unserer Bundesrepublik sagt in Artikel 3 mit aller Klarheit aus: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Damit ist also auch der Frau und Familienmutter die Berufstätigkeit eröffnet.)

Auflösungstendenzen im Bestand unserer Familien

Hierzu lassen sie mich folgendes feststellen:

a) Der Geburtenrückgang in unserem Volk ist nicht mehr zu übersehen. Nach Schätzung der Sachverständigen soll bis 1985 ein Rückgang unserer Bevölkerung in der Bundesrepublik um 1,1 bis 1,8 Mio. Menschen zu verzeichnen sein. Das entspricht 1,7 bis 2,9% der Gesamtbevölkerung.

b) Unverkennbar ist auch die mangelnde Kinderfreundlichkeit in weiten Kreisen unserer Gesellschaft. Im Wohnungsbau wird nicht immer hinreichend für den Spielraum in den Wohnungen und für den Spiel-Platz draußen gesorgt. Auf dem Wohnungsmarkt begegnet einem immer wieder noch das Angebot von Wohnungen für kinderlose Ehepaare.

c) Die Diskussion über das „Erziehungsgeld“ für Mütter, die auf Erwerbstätigkeit verzichten zugunsten der Sorge für ihren Säugling oder das Kleinkind, ist meines Erachtens eine Tendenz der Auflösung des gesunden Familienbewußtseins.

d) Die Suche nach Tagesmüttern, die als Ersatzmütter für berufstätige Mütter eingesetzt werden, um die Betreuung von einem oder mehreren kleinen Kindern zu übernehmen, ist m. E. ebenfalls im Zusammenhang von Tendenzen für die Auflösung des Familienbewußtseins zu sehen.

e) Die Abgabe von Kindern in die Heimerziehung sehe ich ebenfalls in diesem Zusammenhang.

f) Für ausgesprochen familiengefährdend sehe ich – erschrecken Sie bitte nicht – die Ganztagschule.

g) Im Gedanken an Krankheit in der Familie begegnet mir in zunehmendem Maße die Tatsache, daß man sich in vielen Fällen um eine möglichst schnelle Einweisung in das Krankenhaus bemüht. Die häusliche Krankenpflege nimmt in ihrer Bereitschaft ab. Das Kranksein wird hospitalisiert. Bei Visitationen stelle ich häufiger die Frage, wo das Geborenwerden und das Sterben stattfindet, ob im Schoße der Familie oder in den Krankenhäusern. Die Antworten, die auf das Krankenhaus hinweisen, sind in den meisten Fällen häufiger. Auch darin sehe ich einen Rückgang im Familienbewußtsein.

h) Nicht zuletzt sei auch des alternden Menschen gedacht, der im Schoß der Familie oft nicht mehr die Geborgenheit hat, nach der er sich sehnt, weil die Glieder der jüngeren Generation ihrer täglichen Berufsarbeit nachgehen und dabei die Fürsorge um den älteren Menschen zu kurz kommt. Der Wechsel in ein Altersheim oder Alterswohnheim ist keineswegs die beste Lösung.

Dieser Katalog erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, er reicht aber aus, um deutlich zu machen, daß immer noch gültig ist, was der praktische Theologe Friedrich Mahling, der in Berlin auch mein Lehrer gewesen ist, so formuliert hat: „Alle Nöte im Volksleben finden ihren Kulminationspunkt in der Auflösung der Familie.“

Verhinderung der Auflösungstendenzen

Unsere Abwehrmaßnahmen könnten rettende und gestaltende Funktion haben. Johann Hinrich Wichern, der besonders tief die Zusammenhänge der sozialen Not beobachtet hat, wie sie in der Mitte des vorigen Jahrhunderts in unserem Volk aufgetreten ist im Gefolge der Strukturwandlung vom Agrarstaat zum Industriestaat, hat den Brennpunkt aller Nöte im Zerfall der Familie gesehen und sich entsprechend

eine Heilung von der Gesundung der Familie versprochen. Er formuliert: Es geht um die Wiederherstellung der Familie oder die Restituiertung auf ihre göttliche Grundlage. Wie sehr Wichern nach diesem Prinzip verfuhr, ist in seiner Arbeit im Rauhen Haus in Hamburg deutlich geworden, die auf dem Familienprinzip in der Erziehung gefährdeter und verwahrloster Jugendlicher aufbaute.

Zur Verdeutlichung notwendiger Maßnahmen zugunsten der Familie aus unserer Sicht erlaube ich mir einige wenige Anmerkungen, die keinesfalls erschöpfend sind:

a) Notwendig ist das eindeutige Ja zur ehelichen Bindung; damit verbunden das Nein zur Partnerschaft ohne Trauschein, auch das Nein zur sog. „Onkelehe“. Ich bin mir dessen bewußt, wie tiefgreifend diese Forderung ist. Ich besinne mich deutlich darauf, daß ich vor 30 Jahren nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft vor der 1. Synode unserer Landeskirche, an der ich wieder teilnehmen konnte, mich darum bemüht habe, es möge der Kirche gestattet sein, die vielen ehelichen Verbindungen zwischen Kriegerwitwen und einem Lebensgefährten mindestens durch die kirchliche Trauung zu sanktionieren. Daß ich dabei in die staatliche Ordnung eingreifen wollte, die der Kirche die christliche Trauung nur gestattet nach vorhergegangener standesamtlicher Eheschließung, war mir bewußt. Noch heute ist mir nicht klar, warum an dieser Stelle der Staat nicht seine Bedenken zurückgestellt hat. Ich meine noch immer, es wäre mancherlei Verwirrung zu überwinden gewesen – und zwar nicht nur formal, sondern im Blick auf die innere Bedeutung der Familie. Ich vermute, daß – jedenfalls teilweise – die heutigen Kommunen, die für sich den Anspruch der „Großfamilie“ (in einem anderen Sinn) erheben, Modell genommen haben an der sog. „Onkelehe“.

b) Ebenso eindeutig sollte das Ja zum Kinde als Erfüllung ehelicher Gemeinschaft ausgesprochen

werden — und zwar nicht nur im Blick auf den Bestand oder Fortbestand unseres Volkes, sondern im Blick auf die Bestimmung, die Gott der Ehe beigegeben hat. In diesem Zusammenhang ist mir schmerzlich aufgefallen, daß die Diskussion über die Novellierung des § 218 im Strafgesetzbuch diesen Akzent kaum oder nur selten gesetzt hat. Die Leidenschaft der Diskussion über die Fristenregelung oder die Indikationsregelung, die noch immer nicht zu einer abschließenden Lösung geführt hat, hätte Raum geben müssen auch für diesen Bezug der Familie aus evangelischer Sicht, das heißt in der Verantwortung vor Gott.

c) Für uns ist die Familie die Stätte der Erziehung zu Ordnung und Pflicht, zur Selbständigkeit und zum richtigen Umgang mit recht verstandener Freiheit und nicht zuletzt zur Entfaltung der Gaben, die den zu erziehenden Kindern verliehen sind. Das Fundament solcher Erziehung ist die Liebe der Eltern zueinander und zu den Kindern und umgekehrt. Das Geheimnis der Erziehung liegt darin, daß der Erzieher den zu Erziehenden nicht spüren läßt, daß er erzogen wird. Es nützt wenig, daß wir oft entrüstet über die „Jugend von heute“ unserer Empörung Raum geben, aber zu wenig nach den „Eltern von gestern“ fragen.

In diesem Zusammenhang muß jedem Versuch zur Verstaatlichung der Kinder widersprochen werden, wie sie etwa in der DDR (Zwangs-

adoption) mit aller Eindeutigkeit zu praktizieren versucht wird. Ebenso klar muß auch vor einer Verkirchlichung der Kinder gewarnt werden. Tendenzen in dieser Richtung könnten in Heimen entstehen, in denen unter kirchlicher Trägerschaft der Dienst der Erziehung geleistet wird.

Dankbar zu begrüßen ist es, daß unser Grundgesetz das Familienrecht nicht verstaatlicht, sondern gemäß Artikel 6 unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt. In gleicher Weise wird auch das Elternrecht gesehen: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“

d) Die Hilfe, die der Familie in evangelischer Sicht etwa im Kindergarten, im Kinderhort und im Heim — alle unter kirchlicher Trägerschaft — angeboten wird, darf den Bezug auf das Elternhaus und die Anbindung an das Elternhaus nicht außerachtlassen.

e) Ähnliches gilt von dem Dienst in der Jugendhilfe. Sie könnte sich im weitesten Sinne an einem Wort ausrichten, mit dem das Alte Testament zu Ende geht, wo von dem die Rede ist, der das Herz der Väter zu den Söhnen bekehrt und das Herz der Söhne zu den Vätern.

f) In den letzten Jahren hat sich im Blick auf die Familie im Bereich des kirchlichen Nachdenkens das Feld der Ehe- und Familienberatung erheblich ausgeweitet. Dabei geht es nicht primär um wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen, sondern wesentlich um den Dienst der Seelsorge. Dabei ist immer klarer in unser Bewußtsein gerückt, daß die Seelsorge den ganzen Menschen umfaßt, nicht nur den nicht genau definierbaren „innerlichen Bereich“. Wer Seelsorge übt, muß wissen,

was er mit „Seele“ meint, und dazu ist die Auskunft aus jenem alten Schöpfungsbericht hilfreich, daß Gott dem Menschen seinen Odem eingeblasen habe und dadurch der Mensch zu einer lebendigen Seele geworden ist, also der ganze Mensch. Für jeden in der Ehe- und Familienberatung tätigen Mitarbeiter ist dieses Wissen eine unabdingbare Voraussetzung. Er unterliegt sonst der Gefahr, sich im Psychologischen und Psychoanalytischen zu erschöpfen. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die uns die Psychologie mit ihren verschiedenen Disziplinen eröffnet hat, sind ohne Zweifel für den Dienst des Seelsorgers hilfreich. Sie ersparen ihm aber nicht den in jedem seelsorgerlichen Dienst notwendigen Bezug auf die Verantwortung für den Mitmenschen vor Gott.

g) Im Bereich der Sorge um die Familie in allen ihren Gliedern — Kinder, alte, kranke, einsame Menschen — bekommen die Sozialstationen zunehmende Bedeutung, die auch in unserem Land hier und da schon errichtet sind. Die Arbeit, die von diesen Stationen aus geschieht, bedarf ebenfalls ständig der Rückbesinnung auf die Verantwortung, die wir für unseren Mitmenschen vor der letzten Instanz tragen. Wir dürfen keine Abhängigkeitsverhältnisse schaffen, indem wir den der Hilfe Bedürftigen an uns oder an unsere Hilfsmaßnahmen binden. Die Bindung, die wir ihm schuldig sind, ist die Bindung an Gott.

Zum Schluß sei mir der Hinweis gestattet, daß die Reform unseres gesellschaftlichen Lebens im öffentlichen und privaten Bereich in den Familien beginnen muß. Das gilt auch für die anstehende Familienrechts-Reform, die insbesondere unter dem Aspekt ihres Beitrags zum Gesundheitsprozeß unserer Familien gesehen werden muß.

Einladung in die Evangelische Akademie Hofgeismar 19.—21. März '76

Zu einer Tagung nach Hofgeismar zum Thema „**Erneuern und Bewahren: Die neue soziale Frage — Die CDU und die verantwortete Zukunft. Die Mannheimer Erklärung: Staats- und Menschenbild, Grundwerte und Wirtschaftsordnung**“ sind die Leser der Evangelischen Verantwortung herzlich eingeladen.

Die Thematik der neuen sozialen Frage soll unter theologischen und philosophischen Gesichtspunkten kritisch befragt und auf die Praxis des politischen Handelns, insbesondere angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen, untersucht werden.

Fordern Sie im Falle Ihrer beabsichtigten Teilnahme das ausführliche Tagungsprogramm direkt an bei: Evangelische Akademie, Schlößchen Schönburg, 3520 Hofgeismar.

Aus unserer Arbeit

Jahrestagung des EAK Schleswig-Holstein

Kiel: Familienpolitik aus evangelischer Verantwortung — dies war das Thema der Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises Schleswig-Holstein am 16. Januar 1976 in der Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel. Eingeladen waren vor allem haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter aus der schleswig-holsteinischen Landeskirche, der Eutiner und der Lübecker Landeskirche. Die rege Beteiligung — 125 fest angemeldete Teilnehmer, darüber hinaus weitere Gäste, die zu einzelnen Vorträgen kamen, — zeigte das intensive Interesse an der Tagungsthematik. Nicht zuletzt hatte die Tagung dadurch Gewicht erhalten, daß der Vorsitzende des Rates der Nordelbischen Kirche, der Schleswiger Bischof Alfred Petersen, mit einem Grundsatzreferat die Familie aus evangelischer Sicht darstellte und davon konkrete Forderungen an die politische Behandlung der Familie ableitete. Eindeutig votierten die Teilnehmer dieser Landestagung für die Förderung und Stärkung der Familie und gegen ihre Beeinträchtigung durch familienfeindliche politische Tendenzen. Der Vorsitzende des schleswig-holsteinischen EAK, Justizminister Dr. Henning Schwarz, forderte den Freiheitsraum für die Familie, die eigenen Angelegenheiten, soweit dies zumutbar ist, in eigener Verantwortung zu gestalten. Aufgabe des Staates dürfe es nicht sein, „jedem sein Stück Lebensglück zuzuteilen“. Der allzuständige Staat sei kein erstrebenswertes Ziel, meinte Schwarz, vielmehr müsse die Familie, zu der sich die überwältigende Mehrheit der Bürger bekenne, vor einem Übermaß an Reglementierungen geschützt werden. Regierungsdirektorin Möller von der CDU-Bundestagsfraktion schließlich setzte sich temperamentvoll mit der Familienpolitik der sozialliberalen Koalition auseinander. Von der Möglichkeit, mit Politikern der CDU ins Gespräch zu kommen, machten die Teilnehmer

der Tagung aus dem kirchlichen Raum regen Gebrauch. Vor allem die Sozial- und Bildungspolitik standen im Mittelpunkt des abschließenden Podiums, an dem neben dem Landesvorsitzenden Dr. Schwarz, Sozialminister Karl-Eduard Claussen, die Landesbeauftragte für Frauen- und Familienfragen, Annemarie Schuster, und der parlamentarische Vertreter des Kultusministers, Otto Bernhardt, beteiligt waren.

Erfahrung und Fortschritt

Lüchow. Die weitverbreitete Meinung, progressive und konservative Politik stünden in krassstem Gegensatz zueinander, widerlegten die fünf Diskussionsteilnehmer — Vertreter von Politik und Kirche — bei einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Niedersachsen und des CDU-Kreisverbandes im Lüchower Gildehaus. Man war sich darin einig, daß beide Begriffe zusammengehören.

CDU-Kreisvorsitzender Norbert Fischer hieß auf dem Podium Landessuperintendent Dieter Andersen-Lüneburg, den Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises, MdB Dr. Philipp von Bismarck-Schweimke, MdL Kurt-Dieter Grill, den Direktor der katholischen Akademie Worpshausen, Eugen Kohlenbach, den Vorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion, Dr. Konrad von Oppen, und als Gesprächsleiterin Pastorin Gesa Conring-Hannover willkommen. Er betonte, dies solle keine Parteiveranstaltung sein, man wolle vielmehr Gelegenheit zu einem „losen, sicherlich nutzbringenden“ Gespräch außerhalb parteipolitischer Dinge geben. Pastorin Conring führte in das Thema „Progressiv, konservativ — Gegensätze in der Politik?“ ein und stellte die Grundfrage: „Wieviel muß bewahrt bleiben, damit die Zukunft gesichert ist?“ Mit der Definition beider Begriffe befaßten sich in kurzen Beiträgen die Gesprächsteilnehmer. Eine konservative Hal-

tung ziele darauf, etwas zu bewahren, führte Landessuperintendent Andersen aus und nannte aus der Sicht der Kirche die unantastbare Würde des Menschen, womit die „Freiheit“ zusammenhänge, und die Solidarität mit dem anderen Menschen. Mit dem Progressiven, dem Vorwärtsgehen, verband er das kritische Fragen nach dem „Status quo“. Die Menschheit müsse und wolle vorwärts gehen, deshalb werde die Kirche eine Gemeinschaft von Verschiedenartigen sein müssen, folgerte Andersen, oder sie sei keine Kirche.

Die Sorge um den Menschen griff Akademiedirektor Kohlenbach auf. Die Kirche habe eine Verpflichtung auf den Menschen, sagte er, was er im Wissen um die Chancen seiner (des Menschen) Freiheit und in der Gefährdung des Menschen begründet sah. Konservativ und progressiv seien Elemente im politischen Tun.

Daß beide Begriffe zusammengehören, verdeutlichte MdB Dr. von Bismarck. Ohne die andere Seite könne ein Ganzes nicht entstehen. Das belegte er mit Beispielen, unter denen er auch die soziale Marktwirtschaft nannte, die später neuen Gesprächsstoff für eine Diskussion lieferte. In dem Urgesetz der Menschen, durch Wandel nur leben zu können, wenn Bewährtes bewahrt bleibt, sah von Bismarck eine vordringliche Aufgabenstellung.

Von Kernsätzen einer Politik, ob progressiv oder konservativ, sprach MdL Grill. Für ihn sei konservative Politik politisches Handeln in einem langsameren und humaneren Tempo. Dr. von Oppen vertrat die Ansicht, daß jede Politik progressiv sein müsse, denn sie müsse in die Zukunft weisend sein.

Von den Zuhörern erklärte SKF-Direktor Roos seine Ansicht über beide Begriffe. Er sehe das Konservative als Fundament, von dem aus man seine Zukunft bauen könne. Dr. Niedner sah die Wortbedeutung von der wissenschaftlichen, biologischen Ebene aus. Progressivität sei ein Naturprinzip, und Konservatismus entspreche der Erfahrung. Da sich Fortschritt

aus der Erfahrung entwickelte, gehörten beide Begriffe zusammen.

In der Diskussion setzte man sich kurz mit Fragen der Humanisierung, der Verbände und dem Vorhandensein einer Kontrollinstanz, möglicherweise durch die Kirche, auseinander. Letzteres wiesen beide Kirchenvertreter von sich; die Kirche habe eine Dienstaufgabe zu erfüllen und keiner Machtausübung nachzukommen.

EAK in Nienburg gegründet

Nienburg: Der Kreisverband Nienburg der CDU hatte zu einem Rundgespräch „Evangelische Verantwortung in Staat und Gesellschaft heute“ mit einem Einführungsreferat von Pastorin Gesa Conring, Hannover, ins Turmzimmer des Hotel „Parkhaus“ eingeladen. Mit dieser Veranstaltung sollte zugleich auf Kreisebene ein Evangelischer Arbeitskreis gegründet werden. Pastoren, Pädagogen, Landwirte, Kaufleute und viele Kreistagsmitglieder waren der Einladung in beachtlicher Zahl gefolgt.

Der „Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU“ besteht bundesweit. Pastorin Conring ist stellvertretende Vorsitzende im Landesverband Hannover. Der Arbeitskreis will Grundsätze und Ziele christlich-demokratischer Politik vertreten und alle unterstützen, die aus christlicher Verantwortung auch politische Verantwortung zu tragen bereit sind.

Pastorin Conring brach in ihrem Referat einerseits manchem späteren Diskussionsbeitrag und Einwand die Spitze ab, lieferte andererseits aber auch Zündstoff, der

gegenteilige Meinungen herausforderte.

„Es bleibt nicht aus, daß die Kirche in die Politik hineingezogen wird“, sagte sie. Diese Wahrheit untermauerte in der Diskussion das Vorstandsmitglied des Kreisverbandes der CDU und Vorsitzender des Agrarausschusses, Hans Vogel, Rohrsen, der daran erinnerte, daß der Widerstand gegen die Verbrechen der Naziherrschaft maßgeblich von Vertretern der Kirche ausgegangen sei.

Pastorin Conring räumte Spannungen, Konflikte und Schwierigkeiten bei gleichzeitiger Betätigung im kirchlichen und politischen Bereich ein und vertrat die Ansicht, kirchliche Amtsträger sollten „Man-

So wie in Nienburg werden an vielen Orten regionale Evangelische Arbeitskreise gegründet. Falls an Ihrem Wohnort noch kein Arbeitskreis existiert, so ist die Bundesgeschäftsstelle des EAK, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn, Ruf (0 22 21) 54 43 06 bei allen weiteren Planungen und Überlegungen behilflich.

date besser nicht übernehmen, zumindest nicht da, wo es um politische Macht gehe“. Pastoren sollen ja für alle Menschen, gleich welcher Richtung da sein.“

Der Arbeitskreis steht im übrigen allen Konfessionen offen. Beiträge werden nicht erhoben und auch Nichtmitglieder der CDU können ihm angehören. Dies wiederum führte in der Gesprächsrunde zu Bedenken, ob dann die Namensgebung „evangelisch“ richtig sei und ob man nicht besser das „C“ = christlich auch auf die Benennung des Arbeitskreises anwenden sollte. Die Referentin wies darauf hin, daß

anfangs der 50er Jahre, als Hermann Ehlers maßgeblich an der Gründung des Arbeitskreises beteiligt war, die Situation ganz anders gewesen sei. Meinungsverschiedenheiten zwischen der evangelischen und der katholischen Christenheit gebe es bei allen ökumenischen Bestrebungen auch heute. Andererseits sei zu bedenken, daß eine ganze Reihe Mitglieder der CDU nicht der Kirche angehörten.

Das Attribut „Christlich“ sei kein persönliches Glaubensbekenntnis, sondern Rückgriff auf die christliche Tradition und die Wertvorstellung vom „Christlichen Abendland“, während in den vom Kommunismus geprägten Ostblockstaaten man sich zielstrebig um die Lösung vom Christentum bemühe.

Beteiligung an der Erhaltung und auch an der Verteidigung des Staates sei angesichts „all der totalitären Bedrohungen und Versuchungen“ erforderlich. Wenn der Staat für das Wohl, die Kirche für das Heil der Menschen zu sorgen habe, müsse beides in Einklang gebracht werden. In der Demokratie sei dies noch am ehesten darzustellen. In ihrem Schlußwort sagte Pastorin Conring: „Die Verkündigung aus dem Wort muß verständlicher werden, damit die Auseinandersetzungen mit Ideologien klarer werden. Christen sollten nicht vergessen, daß die ganze Welt ein Vorfeld der Ewigkeit sei.“

Zum Vorsitzenden des neu gegründeten Arbeitskreises wurde Oberstudiendirektor Pittius, Nienburg, zum Stellvertreter Hannelore Bräuer, Wenden, und zum Schriftführer Ehler True, Rohrsen, gewählt. Beisitzer sind Superintendent i. R. Gerhard Kleuker, Langendam und Berthold Volger, Schäferhof.

Wende ohne Ende

Gerd Langguth

Man trägt wieder „konservativ“. So mag es erscheinen, wenn man Erhard Epplers Buch „Ende oder Wende“ zur Kenntnis nimmt. Diese

Wende mag überraschen, war es doch gerade die SPD, die diesen Begriff mit dem Inbegriff des Bösen schlechthin versah. Doch ist diese Wende nur scheinbar eine, denn Eppler unterscheidet zwischen Struktur- und Wertkonservativen.

Struktur- und Wertkonservative

Seine politischen Gegner – CDU und ihr angeblich mehr oder minder verbundene Gruppen – werden

als Strukturkonservative bezeichnet, sich selbst erklärt Eppler zum Wertkonservativen. Während es den Strukturkonservativen „offenkundig um die Konservierung von Machtpositionen, von Privilegien, von Herrschaft“ gehe, verbindet Eppler mit dem Wertkonservatismus alles Gute, Wahre und Schöne: „Dieser verfißt die Würde des Leidenden und fordert die Würde des Sterbens zurück. Vor allem geht es

ihm um die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen“, hingegen seien Strukturkonservative „gebunden an handfeste Interessen“ (wie Unternehmerinteressen etc.).

Und Eppler führt weiter aus: „Wenn wir das Konzept Lebensqualität ernsthaft durchsetzen wollen, müssen wir die Möglichkeit von Auseinandersetzungen mit Klassenkampfcharakter realistisch einkalkulieren“.

Der Trick

Eppler benutzt einen einfachen, wenn auch häufig wirksamen Trick: Alle diejenigen, die eine andere Politik als er verfolgen, stellt er ins moralische Abseits, womit er einen klaren Absolutheitsanspruch auf die Richtigkeit der eigenen Politik herausstellt. Eppler steht damit auch in der Tradition des Godesberger Programmes der SPD, in dem es heißt: „Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt“. Auch hier wird durch die letzte Gleichsetzung der Demo-

kratie mit dem „Sozialismus“ die eigene Position als die allein richtige und gleichzeitig demokratische erkannt – was letztlich darauf hinausläuft, dem politischen Gegner das Prädikat „nicht demokratisch“ oder zumindest „nicht so demokratisch“ zuzuerkennen.

Wir dürfen aber nicht in den Fehler verfallen – bei aller notwendigen kontroversen Auseinandersetzung mit gegnerischen politischen Vorstellungen –, dem politischen Konkurrenten mit Holzhammermethoden eine geringere politische Moral zu unterstellen. Positionen, wie sie im Godesberger Programm oder auch im Buch von Eppler niedergeschrieben sind, sind eindeutig antiliberal, weil sie den politischen Gegner gleichzeitig in ein moralisches Abseits schieben.

Für einen fairen Wahlkampf

Wir hingegen wollen einen fairen Wahlkampf führen, wobei wir, fern von ideologischen Tagträumereien uns bemühen, eine realistische und konkrete Politik zu verfolgen – ohne dabei die Grundwerte demo-

kratischer Politik aus dem Auge zu verlieren: Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Nur wenn wir diese Grundwertediskussion führen, werden wir eine offensive Politik innerhalb der jungen Generation fortsetzen können.

Wir wollen auch in Zeiten von Wahlen dabei nie aus dem Auge verlieren, daß es eine Solidarität von Demokraten geben muß, wenn unsere Demokratie Bestand haben soll. Wer aber seine eigene politische Position absolut setzt und den politischen Gegner für demokratieunfähig erklärt (Kühn sprach so von einer „Unregierbarkeit“, falls die CDU in Bonn an die Regierung komme), wer die CDU von daher als ein „Sicherheitsrisiko“ denunziert, wer – wie Eppler durch seine Klassifizierung in Wert- und Strukturkonservative – sich mit der Aura alleiniger Wahrheitsfindung in der Politik zu umgeben versucht, trifft die Solidarität von Demokraten auf das empfindlichste. Eine Wende ohne Ende, weg von gemeinsamen demokratischen Grundüberzeugungen.

und bereits in ihrer Aufbauphase erheblichen Zuspruch findet. Der Sprecher dieser Gruppe, Jürgen Freundlich, übersandte uns folgenden Brief:

Mit den Aufsätzen über die Arbeit „Evangelischer Studentengemeinden“ wurde die Problematik einiger Aktivitäten unter dem Namen „evangelisch“ aufgezeigt. Der Aufsatz von Dr. Harald Uhl enthält einige Analysen hinsichtlich der politischen Aktivitäten, der die Auswirkungen auf die Evangelischen Studentengemeinden selbst und ihre Umgebung unterschätzt. Dies gilt zumindest für den konkreten Fall der „Evangelischen Studentengemeinde Köln“, die uns als Hochschulangehörigen und teilweise als Besucher der ESG-Köln bekannt ist. Einige Beispiele aus dem Zeitraum Juni 1975 bis Februar 1976 führen wir an.

1. Es sei zuerst auf das Verhältnis der ESG-Köln zum „Sozialistischen Büro“ hingewiesen. Nach Eigenausgabe der ESG-Köln stehen Mitglieder der ESG-Köln dem „Sozialistischen Büro“ nahe. Am 3. Juli 1975 fand eine gemeinsame Veranstaltung unter dem Thema „Ökonomische Krise und politische Repression“ im ESG-Heim, Bachemer Straße 27, statt. Damals aufkommenden Mutmaßungen, das „Sozialistische Büro“ sei eine linksradikale Organisation, trat die ESG-Köln mit der Behauptung entgegen, es handele „sich

um eine lose Organisationsform verschiedener sozialistischer Gruppen bis hinein in die Sozialdemokratie“. Mit dieser Darlegung gab man dieser Organisation einen demokratischen Anstrich.

Bereits im September 1975 erschien die Glaubwürdigkeit dieser Aussage zweifelhaft. Das „Sozialistische Büro (Gruppe Köln)“ trat als Unterzeichner des Flugblatts „Kämpfend die Volksmacht schaffen“ in Erscheinung. Das Flugblatt zieht gegen die Sozialistische Partei Portugals zu Felde und verschönt auch die SPD nicht. Es setzt sich offen für den Sieg kommunistischer und anderer linksradikaler Gruppen ein. Das demokratische Wahlergebnis wird ignoriert. Die SPD wird der „Unterdrückung der Interessen der Arbeiter und Bauern“ für schuldig befunden. Wir können uns nicht vorstellen, daß Mitglieder der SPD sich in einer Gruppe organisieren, die derartige Behauptungen unterzeichnet. Ebenso unterzeichneten CISNU (Conföderation Iranischer Studenten), Kommunistischer Bund und einige andere linksextreme Organisationen dieses Flugblatt.

Laut Nachricht von DID (Deutscher Informationsdienst) Nr. 1422 v. 15. Dezember 1975 sandte das „Sozialistische Büro“ je 10 000 DM an die portugiesischen Organisationen SUV (Vereinigte Soldaten werden siegen) und FUR (Front der revolutionären Einheit). Nach Mitteilung der portugiesischen Unter-

Leser-Briefe

Die hier geäußerten Meinungen brauchen nicht mit der Ansicht des Herausgebers oder der Redaktion übereinzustimmen.

Die Diskussion um die Arbeit der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) wurde durch einen Artikel von Martin Hölscher in der Ausgabe 10–11/75 der EV entfacht. Im Heft 2/76 unserer Publikation gaben wir Dr. Dr. Harald Uhl Gelegenheit, aus seiner Sicht über „Auftrag und Funktion der ESG – heute“ zu schreiben.

Dieser Meinungsbeitrag führte zu lebhaften Leseräußerungen, die wir nachfolgend veröffentlichen. Besonders aufschlußreich ist dabei die Tatsache, daß sich in Köln eine Initiativgruppe von Studenten gebildet hat, die den Aufbau einer zweiten ESG-Gruppe unternimmt

suchungskommission sind beide Organisationen in Koalition mit der „Kommunistischen Partei (PCP)“ am Putschversuch vom 25. November 1975 als Mitinitiatoren tätig geworden (vgl.: FAZ v. 21. Januar 1976). Die Begründung des „Sozialistischen Büros“ für die finanziellen Zuwendungen ist nach DID Nr. 1422: „um damit die portugiesische Revolution und Euren schweren und wichtigen Kampf zu unterstützen“. Es entsteht aufgrund dieser Nachricht der Eindruck, daß es sich bei dem „Sozialistischen Büro“ um eine Organisation handelt, die einen mit Waffengewalt gegen die demokratische Mehrheitsentscheidung durchgeführten Umsturz für legitim hält.

Der Eindruck verstärkt sich, wenn man die Nachricht von DID Nr. 1424 v. 30. Januar 1976 liest. Sie gibt Thesen des „Sozialistischen Büros“ wieder, die dieses im Februar 1975 aufgestellt habe. Eine Hauptthese lautet hiernach: „Die Bundesrepublik ist ein kapitalistischer Staat, der auf parlamentarischen Wege nicht abgebaut und durch einen sozialistischen ersetzt werden kann. Es gibt keine Möglichkeit eines friedlichen Weges. Die Gewalt wird jeder sozialistischen Politik durch den Zwang der Verhältnisse aufgezwungen.“

Für uns als evangelische Kirchenmitglieder an der Hochschule Köln ergeben sich aus der Darstellung der ESG-Köln im Sommer 1975 zum Thema „Sozialistisches Büro“ und den sich aus Nachrichten und Eigendarstellungen ergebenden Standort dieser Organisation erhebliche Fragen hinsichtlich der Bündnispolitik der ESG-Köln und der Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen.

Interessant ist für uns im Hinblick auf die Geschehnisse um Portugal, daß am 9. Februar 1976 eine Veranstaltung des „Portugal-Komitees“ gemeinsam mit Vertretern der portugiesischen Organisation „SUV“ im ESG-Heim Köln stattgefunden hat. Die Verlagerung der Aktivitäten in die Bundesrepublik Deutschland ist möglicherweise mit der Ausweisung linksradikaler deutscher „Polit-Touristen“ nach dem gescheiterten Putsch aus Portugal zu erklären. Für uns ist es bedauerlich, daß diese Aktivitäten in Köln u. a. im ESG-Heim aufgenommen werden. Ausgangspunkt für die Mißbilligung solcher Versammlungen ist die Behandlung der Gewaltfrage durch diese Gruppen. Sie widerspricht unserer Ansicht nach christlichen Wertvorstellungen.

2. Ebenso bedenklich sind die Aktivitäten der ESG-Köln zum sog. „Viet-

namprozeß“ und der Hinweis auf den sog. „Türkenprozeß“. Sie fügen sich bei näherer Betrachtung in entsprechende Aktivitäten anderer Organisationen u. a. des KSV (Kommunistischer Studentenverband) ein. Einer der Hauptangriffspunkte des Flugblatts „Widerstand und Menschenwürde“ der ESG-Köln vom 29. Oktober 1975 war die deutsche Justiz. Ihr wird von der ESG-Köln öffentlich in dem Zusammenhang unterstellt, die Wahrheit passe der Justiz nicht ins Konzept. Weitere Vorwürfe gegen die Justiz folgen. Ähnlich gelagerte Angriffe startete im gleichen Zeitraum zum gleichen Prozeß der KSV. Er sprach von „Klassenjustiz“.

Die Veranstaltung des KSV vom 27. Oktober 1975 im „Kölsche Boor“ (vgl. Flugblatt „Klassenjustiz“ vom 27. Oktober 1975) hatte ähnliche Besetzung wie die Veranstaltung der ESG-Köln am 29. Oktober 1975. Auf beiden Veranstaltungen traten Heinz Kotte und die Verteidiger der Angeklagten auf.

Das Flugblatt „Widerstand und Menschenwürde“ der ESG-Köln enthielt auch die Aufforderung, die Veröffentlichungen zum sog. Türkenprozeß zu beachten. Auch dieser Prozeß, von kommunistischen Gruppen als „Türkenprozeß“ titulierte, wurde vornehmlich von der KPD und dem KSV mit Flugblättern agitatorisch bekämpft. Der Höhepunkt der Kampagne war bis jetzt die Besetzung der evangelischen Antoniterkirche in der Schildergasse am 17. Februar 1976 um 16.00 Uhr (vgl.: Flugblatt „Antoniter Kirche besetzt!“ vom 18. Februar 1976). Die Besetzung wendet sich gegen die befürchtete Auslieferung der vier verurteilten Türken. Für das Flugblatt, welches nicht die verantwortliche Organisation bekannt gibt, zeichnet F. Sternberg verantwortlich. Er ist auch für das im Portugal-Komplex angeführte Flugblatt „Kämpfend die Volksmacht schaffen“ verantwortlich. Bereits am 26. Mai 1975 trat er als Verantwortlicher für ein Flugblatt des „Irland-Solidaritätskomitees“, Titel: „Irland — Ein Vietnam in Europa?“, in Erscheinung. Das Flugblatt lud zu einer Veranstaltung am 27. Mai 1975 u. a. mit einem Vertreter der Organisation „Sinn Fein/IRA — Provisionals“ ein.

3. Eine Veranstaltung am 11. November 1975 betraf die Frage „Oman-Dhofar“. Sie wurde von der ESG-Köln in Zusammenarbeit mit CISNU (Conföderation Iranischer Studenten) durchgeführt. In dieser Frage ist ebenfalls der KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands) und seine studentische Organisation KHG (Kommunistische Hochschulgruppe) aktiv geworden (vgl.: „Das Volk von Oman braucht unsere Unterstützung“ vom 10. Februar 1976). Die Argumentation geht in wichtigen Punkten parallel.

4. Am 17. Dezember 1975 tagte im ESG-Heim das „Komitee für ein unabhängiges Ost-Timor“. Es rief zur einseitigen Unterstützung der kommunistischen Organisation „Fretilin“ auf. Eine weitere Veranstaltung des „Komitees

für die Unabhängigkeit Ost-Timors“ fand am 30. Januar 1976 in Köln-Ehrenfeld statt. Der hierzu herausgegebene Aufruf wurde von CISNU, KBW, u. a. linksradikale Organisationen unterstützt. Die inhaltlichen Forderungen waren gleich.

Auf weitere Komplexe, z. B. „Volksblatt“, „Argentinien“, etc. sei aus Zeitgründen nicht mehr eingegangen.

Auffallend ist für uns, daß bei allen Komplexen immer wieder dieselben Gruppen beteiligt sind. Sie sind oft kommunistisch ausgerichtet und bejahen größtenteils das Mittel der Gewalt. Ebenso fällt auf, daß bei entsprechenden Kampagnen häufig die ESG-Köln selbst beteiligt ist, oder aber zur gutmeinenden Beobachtung anregt, oder aber das ESG-Heim als Versammlungsort dient. Es entsteht der Eindruck, daß die ESG-Köln sich nicht vom Einfluß linksradikaler Gruppen freihalten konnte und Eigenständigkeit bewahrt hat. Wenn diese Aktivitäten vielleicht auch aus gutem Willen geschehen, so wirken sie dennoch unrecht und stellen eine einseitige Auswahl dar. Bis zum heutigen Tage vermißt man öffentliche Stellungnahmen der ESG-Köln zum Thema „Sowjetunion“, zum Eingreifen kubanischer Soldaten in Angola, etc. Viele Beispiele ließen sich in diesem Zusammenhang anführen. Sicherlich sind verfolgte Christen auch dankbar, wenn man einmal mit ihnen Solidarität üben würde.

Die Grundlage der Handlungsweise der ESG-Köln ist das marxistische Weltbild, welches sie prägt. Dies wurde Mitgliedern unseres Arbeitskreises bei den Besuchen der „Ethik-Reihe“ am 4., 11. und 18. Dezember 1975 im ESG-Heim deutlich.

Da nach unserer Auffassung wesentliche christliche Grundpositionen aufgegeben worden sind und eine Bündnispolitik mit kommunistischen Gruppen offen proklamiert wird (vgl.: Flugblatt „Massive Angriffe auf die esg“ vom November 1975) ist unsere Gruppe dazu übergegangen, eine 2. Gruppe der ESG-Köln aufzubauen. Wir wollen diejenigen im Hochschulbereich wieder für kirchliche Arbeit gewinnen, die eine marxistische Interpretation der Bibel ablehnen und sich u. a. aus Mißfallen gegenüber den Anmaßungen der Gruppe: „Christen für den Sozialismus“ in eigene Gründungen außerhalb der landeskirchlichen Organisation im Hochschulbereich geflüchtet haben (Navigatoren, SMD) oder aber der kirchlichen Arbeit im Hochschulbereich gleich ferngeblieben sind und sich örtlichen Gemeinden angeschlossen haben. Die aktive Mitgliederzahl der christlichen Gruppen im Hochschulbereich, die sich nicht der ESG-Köln angeschlossen haben, ist übrigens größer als die der ESG-Köln.

Initiativgruppe für den Aufbau einer 2. Gruppe der ESG-Köln
i. A. Jürgen Freundlich
Mommensenstraße 145, Köln

ESG muß sich dem Evangelium zuwenden

Zu dem Artikel „Auftrag und Funktion der Evangelischen Studentengemeinde – heute“ in der Februarnummer der „Evangelischen Verantwortung“ erlaube ich mir einige Anmerkungen und Richtigstellungen in einem Falle. Als Diskussionsgrundlage zur Sache der Arbeitsmethode und Ziele der ESG kann der Artikel nur schwerlich dienen. Die konträrsten Ziele und Ausgangspunkte sind hier zu einem, wie mir scheinen will, reichlich konfusen oder doch unverbundenen Konglomerat zusammengefaßt worden. Ich glaube darum nicht, daß der Artikel ein glücklicher und darum hilfreicher Beitrag zur Sache ist. Namen und Probleme sind hier nebeneinander gestellt, die nur schwerlich oder keine Beziehung zueinander haben. Was hat Spener oder Zinzendorf mit Karl Barth zu tun? Was versteht der Verfasser unter dem „Trost des Evangeliums“, wenn es nicht damals, also um die Wende des 17. und 18. Jahrhunderts, ebenso wie heute zu gelten hat ganz wie zur Zeit der ersten Christenheit? Er weiß also nichts vom überzeitlichen Charakter des biblischen Wortes im Wortlaut und Inhalt oder distanziert sich versteckt von ihm.

Mir scheint ein weiteres Mißverständnis vorzuliegen, wenn er mit dem „Besucherstrom deutscher politischer Prominenz“ den Vorwurf der Zusammenarbeit mit maoistischen Gruppen entschärfen will. Es scheint ihm völlig der grundsätzliche Unterschied zwischen Politik und Weltanschauung bedeutungslos zu sein. Im Maoismus haben wir es mit antichristlicher Grundhaltung zu tun und in der ESG sollte man es, wenn man ESG ernst nimmt, mit dem Evangelium und damit mit dem lebendigen Christus zu tun haben. Völlig schief ist auch der Vergleich der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung (DCSV) mit der ESG, als würde heute nicht dieselbe Bibel aktuell für jedes Glied der ESG sein müssen. Freilich muß es das Evangelium selber sein und nicht eine Tagesmeinung darüber, die morgen wieder umgeworfen wird. Hier möchte ich gleich auch die Korrektur anbringen: Die ESG ist nicht die Fortführung der DCSV. Die Fortführung der freien DCSV ist der freie SMD, der

in seiner Zielsetzung und Grundhaltung als Ganzes sich an das ganze biblische Evangelium gebunden weiß.

Reinhard Hildenbrand
Missionsseminarlehrer i. R.
Liobastraße 2
7263 Bad Liebenzell

Gegen sozialistische Kolonisationspolitik bei der ESG

Der Beitrag von Herrn Dr. Uhl in der „Evangelischen Verantwortung“ 2/76 kann in mancher Hinsicht nicht unwidersprochen hingenommen werden:

1. Wenn Herr Dr. Uhl davon ausgeht, daß heute eine Veränderung der Verhältnisse an den Hochschulen nur nach Reformen in der Gesellschaft möglich ist, dann irrt er m. E. Er übersieht, daß die politischen Radikalismen an den Hochschulen eine Minderheit sind, die durch lautstarkes Auftreten den Anspruch auf Repräsentationsberechtigung für die Mehrheit der Studenten errungen zu haben scheint. Betrachtet man aber z. B. die Studentenratswahlen an den deutschen Universitäten, so wird bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 30–40 % und einem Stimmenanteil der verschiedenen linken Gruppierungen von rund 50 % deutlich, wie groß die Zahl der Radikalen in Wirklichkeit ist.

Und sollte Herr Dr. Uhl nicht die politischen Verhältnisse an den Hochschulen, sondern die Studienbedingungen u. ä. gemeint haben, so kann ich ihm auch nicht Recht geben. Durch eine vernünftige Bildungs- und Hochschulpolitik wäre auch im Rahmen unserer Gesellschaftsordnung viel zu verbessern.

2. Wenn Herr Dr. Uhl mehrfach betont, die Arbeit der ESG und des Christlichen Studentenweltbundes setze die Tradition des sozialen Engagements fort, komme also Notleidenden, Unrecht Erduldenden oder in militärisch oder politische Auseinandersetzungen Verwickelten zugute, so ist das z. T. (Gastarbeiter, Obdachlose) sicherlich gut und berechtigt. Aber schon die von Herrn Dr. Uhl genannten ausländischen Bei-

spiele für ESG-Engagement (Chile, Angola, „Namibia“) sind symptomatisch für den Fehlkurs der ESG: Hier wird, wie so oft bei sozialistisch beherrschten Organisationen (zu denen die ESG m. E. eindeutig zu zählen ist), das Unrecht nur in einem Teil der Welt gesehen: Übersehen werden z. B. die bekennenden Christen in den sozialistischen Staaten, vor allem in der CSSR, der UdSSR und Rumänien, die wegen ihrer religiösen Einstellung ihren Arbeitsplatz verlieren, inhaftiert oder ermordet werden. Und sollte der Unterstützung aus religiösen Gründen verfolgter Christen nicht zumindest Gleichrangigkeit mit der Hilfe für sozial Schwache oder politisch Verfolgte eingeräumt werden? Das ist nur ein Beispiel, es ließen sich noch viele andere nennen.

3. Für völlig falsch halte ich die von Herrn Dr. Uhl falsch gestellte Behauptung, die ESG habe sich politische Bündnispartner an den Universitäten suchen müssen, die dann naturgemäß „links“ hätten sein müssen (vgl. 1.). Einmal davon abgesehen, daß der ESG dadurch die Distanz zu gewaltpraktizierenden Gruppen nicht gelang (vgl. ESG in Frankfurt [Main]), muß dieses Bündnis doch die Unpolitischen oder politisch Andersdenkenden in der Studentenschaft, also mindestens 80 % der Studenten, abstoßen – wo bleibt da die „Volkskirche“?

4. Lächerlich ist der Vergleich zwischen führenden CDU/CSU-Politikern, die aus außenpolitischen Gründen den Dialog mit Peking suchen, und den Maoisten in Deutschland, die aus ideologischer Verblendung an neue Götter glauben.

Als 17jähriger in der Universitätsstadt Göttingen muß ich feststellen, daß die ESG hier nicht als eine Gemeinde oder Kirche, sondern als eine politische Organisation marxistischer Prägung zu betrachten ist. Und wenn ich in den Räumen der ESG Göttingen einen Aufruf zur Geldspende für die MPLA in Angola sehe, dann nimmt mir das ein gehöriges Stück Glauben an die Kirche, die duldet, daß in ihren Räumen für sozialistische Kolonisationspolitik anstatt für christliches Engagement gearbeitet wird.

Jörn Ziegler
Zum Lengdergrund 13
3401 Klein Lengden

Kurz notiert

SPD aktiviert Kirchenkontakte

Wiesbaden: Die hessischen Sozialdemokraten wollen der Arbeit

im kirchenpolitischen Bereich künftig mehr Bedeutung beimessen. Eine wesentliche Voraussetzung hierzu ist die Initiative des neunköpfigen Präsidiums, das kürzlich die Mitglieder der Kommission „SPD und Kirchen“ bestellte.

Vorsitzender dieses Gremiums wurde der Landtagsabgeordnete

Karl Hellwig (Steinau), der auch als Fraktionsbeauftragter für Kirchen berufen wurde. Er betonte, daß die langfristig angelegten Initiativen der Kommission zunehmend auch von den Untergliederungen der Partei aufgegriffen werden. Erfreulich sei auch die positive Resonanz aus dem Bereich der Kirchen.

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Evangelische Akademie Arnoldshain 6381 Arnoldshain (Taunus)

2. bis 4. April 1976
Gemeindemodelle heute —
Gemeinde von unten — Gemeinde
von oben.

10. bis 11. April 1976
Angst in Schule und Beruf.
Leistungsdruck, Jugendarbeitslosigkeit,
Numerus Clausus haben zu
einer Abkehr vom politischen Engagement
der Jugendlichen geführt.
Ist die Abkehr durch Angst verursacht?
— Tagung für Junge Generation.

Evangelische Akademie Bad Boll 7325 Bad Boll üB. Göppingen

12. bis 13. März 1976
Macht Schule noch Spaß?
Der Schüler zwischen Forderung
und Überforderung.

26. bis 28. März 1976
Portugal aktuell.
Themen: Die Zukunft Portugals —
Flüchtlinge in Portugal und Gastarbeiter
aus Portugal.

Evangelische Akademie Rheinland- Westfalen — Haus Ortlonn Baarstraße 59—61 5860 Iserlohn (Westfalen)

3. bis 4. April 1976
Für Millionen nur ein „Stehplatz“.
— Akademietagung zu Problemen
der Welternährung.

3. bis 24. April 1976
Was wird aus diesem Land?
— Studienfahrt nach Israel.

Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg Wintererstraße 1 7800 Freiburg i. Br.

16. bis 18. März 1976
Kommunikation und Führungsverhalten
(Kommunikationstraining —
Einführung in moderne Führungs-
und Organisationsmethoden)

Evangelische Akademie Kurfürstentum-Waldeck Schlößchen Schönburg 3520 Hofgeismar

12. bis 14. März 1976
Aufgabe: Eine praktische Theologie
der Natur — Umweltprobleme und
Grenzen des Wachstums.

19. bis 21. März 1976
Erneuern und bewahren: Die neue
soziale Frage.
Die CDU und die verantwortete
Zukunft.
Grundsatzprogramm: Staats- und
Menschenbild, Grundwerte und
Wirtschaftsordnung.

Evangelische Akademie Rheinland- Westfalen — Haus der Begegnung Uhlenhorstweg 29 4330 Mülheim (Ruhr)

26. bis 27. März 1976
Dienstleistung und Menschlichkeit
am Krankenbett.
— Tagung mit Ärzten, Schwestern,
Pflegerinnen, Verwaltungsleitern und
Interessierten.

3. bis 4. April 1976
Probleme der Abenteuerspielplätze.
— Tagung mit Initiativgruppen.

Evangelische Akademie Baden Blumenstraße 7, 7500 Karlsruhe 1

22. bis 24. März 1976
(in Bad Herrenalb)
Der Schwerbehinderte in unserer
Gesellschaft.

Evangelische Akademie Hamburg Esplanade 15/16, 2000 Hamburg 36

5. bis 8. April 1976
Arbeit im selbstverwalteten Jugend-
zentrum.
— Seminar für Jugendliche in der
freien Jugendarbeit.

16. bis 19. April 1976
Ostertagung.
— Gemeinsam mit der Ev. Akademie
Schleswig-Holstein.

Evangelische Akademie Loccum 3055 Loccum üB. Wunstorf

12. bis 14. März 1976
Kirche und Familie.

12. bis 15. April 1976
Leiden: aushalten — aussprechen —
aufarbeiten.
— Tagung in der Karwoche.

Evangelische Akademie Oldenburg Heimvolkshochschule Hankhausen, 2902 Rastede 1

15. bis 20. März 1976
Bildungsurlaub für kirchliche Mit-
arbeiter.
20. bis 23. April 1976
Bildungsurlaub für Senioren.

Evangelische Akademie Schleswig-Holstein Marienstraße 31 2360 Bad Segeberg

26. bis 28. März 1976
Zur Situation der Jugend-Zeitungen.
— Für junge Leute — von jungen
Leuten.

29. bis 31. März 1976
Beratung und Seelsorge — Erfah-
rungsaustausch.

Evangelische Akademie Tutzing Schloß 8132 Tutzing (Starnberger See)

19. bis 21. März 1976
Kinder und Erwachsene im Span-
nungsfeld zwischen Unterordnung
und Partnerschaft.

— Tagung für Eltern und Erzieher
mit der Bundesvereinigung Evan-
gelischer Eltern und Erzieher.

26. bis 28. März 1976
Die Zukunft der Bildungspolitik.
— Probleme ihrer Planung in Bund
und Ländern.

23. bis 25. April 1976
Friedenspotentiale der Gesellschaft.
— Zivildienst im Rahmen der Frie-
densarbeit.
— Forum für junge Erwachsene.

IN GLAUBE UND FREIHEIT VERPFLICHTET

Stuttgart

5.—7. März 1976

Liederhalle

Evangelische Verantwortung — Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Peter Egen, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn, Ruf (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn. Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 58 267. Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf. Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.